

Samstagsinterview

«Man kann nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden»

Die Bieler Stadtpräsidentin Glenda Gonzalez Bassi zieht Bilanz über das erste Amtsjahr: Legislaturziele, Mobilität, Zweisprachigkeit. Ein Jahresendgespräch.

Inteview: Nicoletta Cimmino

Glenda Gonzalez Bassi, nach einem Jahr als Stadtpräsidentin: Gibt es einen Aspekt Ihrer Tätigkeit, der Sie überrascht hat?

Glenda Gonzalez Bassi: Ich habe deutlich weniger Zeit als früher und bin viel exponierter. Die Zeitknappheit habe ich anders eingeschätzt. Aber: Das Amt ist eine grosse Ehre und eine ebenso grosse Verantwortung.

Sie waren zuvor bereits zwölf Jahre lang Gemeinderätin, trugen schon politische Verantwortung. Werden Sie als Stadtpräsidentin anders behandelt als zu Ihrer Zeit als Gemeinderätin?

Man spricht mich öfter auf der Strasse an. Meistens freundlich – in Biel ist man diesbezüglich entspannt. Ich versuche immer, mir die Zeit für ein Gespräch zu nehmen, wenn mich jemand anspricht. Mein Sohn sagt häufig, dass er mich nicht mehr beim Einkaufen begleiten will, weil ich mit vielen Leuten spreche und alles viel länger geht. Ich bin der Meinung, das gehört dazu, mit den Leuten zu sprechen und zuzuhören.

Aber wenn Sie am Samstagmorgen den Wochenmarkt besuchen, mit Kopfschmerzen, mit zu wenig Schlaf, vielleicht mit Problemen – dann nervt das doch sicher, wenn die Leute Ihnen zwischen jedem Marktstand sagen wollen, was Sie alles besser machen müssten?

Das kann sein, aber wenn ich in so einer Stimmung bin, gehe ich nicht auf den Markt, dann bleibe ich zu Hause.

Nach einem Jahr: Wo unterscheiden Sie sich am meisten von Ihren Vorgängern Erich Fehr und Hans Stöckli?

Ausser, dass ich eine Frau und eine Romande bin? (*lacht*) Ich habe keinerlei Ambitionen auf eine politische Karriere ausserhalb der Stadt Biel. Ich bin total engagiert für meine Stadt. Wie früher, als ich im Stadtrat war, in der Schulkommission, oder noch früher, als ich mich für mein Quartier einsetzte. Mein Fokus liegt auf Biel und den Bielern.

Also ist der Bundesrat oder eine nationale Karriere kein Thema.

(*Schmunzelt*) Dafür ist es zu spät. Und es interessiert mich nicht. Ich will in Biel bleiben.

Sie sind die erste Romande seit vielen Jahrzehnten im Bieler Stadtpräsidium. Der letzte welsche Stadtpräsident war Edouard Baumgartner, der von 1948 bis 1960 regierte. Und die Bieler Bevölkerung wird immer frankofoner, der Anteil der französischsprachigen Bevölkerung liegt bereits bei 44 Prozent. Glauben Sie, dass die Welschen bald schon eine Mehrheit sind in Biel?

Keine Ahnung. Es spielt auch nicht so eine grosse Rolle. Was ich wichtig finde, ist, dass die zwei Sprachgemeinschaften zusammenleben. Dass es hier keinen Graben gibt. Das ist sicher einfacher, als wenn es in Biel 70 Prozent Deutschschweizer und 30 Prozent Romands wären. Mich dünkt, hier herrscht nun mehr Gleichgewicht. Das hört man auch im Gespräch mit den Leuten. Die Haltung der Frankofonen ist eine andere als vor 15 Jahren, man ist selbstbewusster.

Ich habe das Gefühl, viele Romands haben die Idee, dass sie eine Minderheit sind, noch nicht abgelegt. Die Haltung, man werde grundsätzlich benachteiligt, ist immer noch stark vorhanden.

Ich höre oft genau das Gegenteil. Dass sich also Deutschschweizer darüber beklagen, dass überall nur noch Französisch gesprochen wird. Ich glaube, es ist immer eine Frage der eigenen Perspektive.

In Ihrem ersten Amtsjahr haben Sie die Zweisprachigkeit betont. Sie haben sich für mehr Lehrstellen für frankofone Jugendliche eingesetzt – und mit der Stadt Fribourg einen verstärkten Austausch angekündigt. Was planen Sie bezüglich Zweisprachigkeit im nächsten Jahr?

Wir werden den Fokus noch stärker auf die Berufsbildung in der Stadt Biel legen. Wir möchten noch mehr Lehrstellen für frankofone Schülerinnen und Schüler schaffen. Und Unternehmen animieren, ihre Lernenden vielleicht sogar zweisprachig auszubilden. Dazu gehört auch eine Kerngruppe, die wir anstreben, mit Unternehmen aus der Stadt und den Behörden. Diese Kerngruppe soll eine Art Netzwerk bilden, damit die zweisprachige Berufsbildung in Biel gestärkt wird. Ich stehe mit Bieler KMU diesbezüglich im Kontakt.

Stossen Sie auf offene Ohren bei den Unternehmen?

Ja, da gibt es viel Interesse. Zugegeben: Der Fachkräftemangel hilft uns sicher auch dabei. Aber die Unternehmen sind da wirklich offen. Viele Bieler Unternehmerinnen und Unternehmer sind ja selbst zweisprachig, die sehen das als Chance. Aber mir ist wichtig zu sagen: Das Ziel ist nicht, dass jedes Unternehmen in der Stadt Biel bilinguale Ausbildungen anbietet. Es müssen nicht alle in Biel zweisprachig sein, ich selbst bin ja nicht perfekt zweisprachig.

Die Stadt Biel hat bereits ein zweisprachiges Vorzeigeprojekt, in der Volksschule nämlich, mit der sogenannten «Filière Bilingue». Im Gegensatz zur Stadt Bern, wo man die zweisprachigen Klassen «Clabi» einstellt, sind wir hier erfolgreich damit. Wann wird das Angebot auf weitere Schulen in der Stadt ausgebaut?

Zurzeit ist das immer noch ein Pilotprojekt, und damit in den Händen des Kantons. Wir sind

«Ich habe keinerlei Ambitionen auf eine politische Karriere ausserhalb der Stadt Biel.»

daran, das Pilotprojekt gemeinsam mit dem Kanton zu beurteilen. Erst dann werden wir über eine allfällige Ausweitung entscheiden können. Die Nachfrage in der Stadt Biel ist gross. Gleichzeitig ist es aufwendig: finanziell und organisatorisch. Man muss zudem genügend Lehrpersonen finden, die den Zusatzaufwand auf sich nehmen, den ein zweisprachiger Unterricht mit sich bringt. Das ist nicht ganz einfach und erfordert viel Engagement von den Lehrerinnen und Lehrern.

Mitte dieses Jahres haben Sie, zusammen mit Ihren Gemeinderatskollegen, die Legislaturziele der Stadt Biel vorgestellt. Sie wurden dafür kritisiert. Die Ziele seien viel zu wenig konkret formuliert. Was sagen Sie zu dem Vorwurf?

Die Legislaturziele sind die wichtigen Achsen, sozusagen die Oberthemen. Darunter fallen aber wichtige einzelne Massnahmen. Und die kann man konkret prüfen: Sind die Finanzen stabil? Wird die Innenstadt grüner? Ist die Innenstadt verkehrsberuhigt? Das merkt man ja ganz konkret, das kann man prüfen. Was mir auch wichtig ist: Im nächsten Jahr werden wir ein Partizipationsreglement für die Stadt Biel ausarbeiten. Mir ist klar: Heute kann man nicht einfach als Stadtregierung von oben herab befahlen. Es geht nicht darum, was wir fünf Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wollen. Heute muss man mit den Leuten reden und erfahren, was ihre Bedürfnisse sind. So führt man heutzutage. Anders geht es gar nicht mehr.

Partizipation verlangsamt jedoch Prozesse – und manchmal muss es schnell gehen.

Partizipation kann die Prozesse verlängern, ja. Aber wenn man über die Köpfe der Leute hinweg entscheidet, kann das dazu führen, dass Prozesse blockiert werden, und dann geht gar nichts mehr. Man muss die Menschen mitnehmen. Ich bin Stadtpräsidentin und liebe die Stadt. Ich weiss, dass der Handlungsbedarf bei gewissen Themen gross ist. Nehmen wir die Innenstadt: Die Zentralstrasse ist gut belebt, mit Gewerbe, Gastronomie, Läden. Im Gebiet der Nidaugasse hingegen ist es schwieriger, viele Ladenflächen stehen leer, die Häuser sind weniger gut in Schuss.

Was sind die Gründe dafür?

Wir haben verschiedene Hypothesen. Eine ist die: An der Zentralstrasse gehören viele Liegen-

schaften Bielern. Denen liegen die Häuser am Herzen. Rund um die Nidaugasse hingegen gehören viele Liegenschaften grossen, auswärtigen Unternehmen. Die sind oft weniger engagiert. Da haben wir manchmal nur eine E-Mail-Adresse als möglichen Kontakt, keinerlei sonstige Verbindung.

Ein weiteres Ziel von Ihnen ist die Aufwertung des Bözingenfelds. Im Juni dieses Jahres haben Sie darüber informiert, dass Sie das Gebiet attraktiver machen wollen. Sie hatten die Vision, dass ein Kind auf dem Trottinett sicher und alleine bis in die Tissot Arena fahren kann. Und dass Sie dafür bis Ende des Jahres, also jetzt, eine Strategie aufstellen werden für die Neugestaltung des Industriequartiers. Steht diese Strategie?

Ja – und wir sind im Gespräch mit verschiedenen Firmen im Bözingenfeld. Wir wollen ein Mobilitätskonzept für das Gebiet erarbeiten. Jeden Tag kommen um die 8500 Menschen zur Arbeit in die Gegend. Viele dieser Menschen kommen mit dem Auto, oft sogar alleine im Auto. Und diese Autos benötigen Parkplätze. Das beansprucht Platz, den wir eigentlich anders brauchen könnten. Es ist schade, dass wir Firmen, die ihren Sitz nach Biel verlegen möchten, Nein sagen müssen, weil kein Platz vorhanden ist. Das ist nicht gut für uns, nicht gut für das Steuersubstrat. Zusammen mit den ansässigen Firmen wollen wir das ändern, das Gebiet attraktiver machen. Wir möchten, dass es mehr freie Flächen gibt. Auch mehr Flächen für Treffpunkte, wo man bei schönem Wetter als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer draussen zu Mittag essen kann. Das Gebiet soll aufgewertet und sicherer gemacht werden. Gegenwärtig ist es schon noch eine zu graue Zone.

Reden wir noch von einer anderen Zone: dem Bahnhofsgelände. Anfang 2025 wurde der Bahnhofplatz definitiv für den Durchgangsverkehr gesperrt. Das gab viel Kritik und Empörung, sogar eine Demonstration. Hat Sie das überrascht?

Nein, den Widerstand gibt es seit 2019, damals wurde ja Rekurs gegen die Pläne der Stadt Biel eingelegt. Nun gab uns das Verwaltungsgericht Ende 2024 recht. Die Opposition war also schon viel früher da und uns natürlich bekannt. Sehen Sie, täglich fährt im Durchschnitt alle zwei Minuten ein Bus über den Bahnhof



Glenda Gonzalez Bassi: «Es ist wohl an der Zeit, das Gebiet attraktiver zu machen.»